

Tabak-Arbeiter

Nr. 42 / Bremen, den 18. Oktober 1930

Organ des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Der Tabak-Arbeiter erscheint wöchentlich und ist durch alle Postanstalten zu beziehen. Monatslicher Bezugspreis 40 A ohne Bringerlohn. — Anzeigenpreis 50 A für die viergepaltenen Millimeterzeile. Schluß der Redaktion u. der Anzeigenannahme Montag abend. Verantwortl. für den redaktionellen Teil Ferdinand Dahms, für den Anzeigenteil Oswald Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-Verband, Ferdinand Husung. — Druck: Bremer Wachdruckeri und Verlagsanstalt J. H. Schmalfeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Verbandsvorstand, Redaktion und Expedition: Bremen, An der Weide 201, Telefon: Am Domsfelde 20780. Geld- und Einschreibsendungen an Johannes Krohn, Postfach 6549 beim Postfachamt: Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der Großhandelsbank deutscher Consumoereme m. b. H., Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Filiale Bremen. Verbandsvorsitzender: Ferdinand Husung, Bremen. Verbandsauschussvorsitzender: E. Schöne, Hamburg, Bejenbindehof 57, Zimmer Nr. 24

Das Notprogramm der freien Gewerkschaften

Der Ausschuss des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes faßte auf seiner Tagung am 12. und 13. Oktober 1930 einstimmig folgende Entschlüsse:

I.

Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat eine Weltwirtschaftskrise von solchem Ausmaß erzeugt, daß alle mit dem Weltmarkt verbundenen Länder aufs schwerste getroffen sind.

Deutschland ist mit seinen drei Millionen Erwerbslosen besonders in Mitleidenschaft gezogen. Seine Verarmung infolge des Krieges, sein hoher Preisstand infolge der Zoll-, Agrar- und Kartellpolitik, seine Kapitalnot, die verschärft wird durch die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland, und seine drückenden Reparationslasten charakterisieren die besondere Schwere seiner wirtschaftlichen Lage.

In dieser Notzeit muß Deutschland auch besondere Notmaßnahmen treffen, um die wachsende Arbeitslosigkeit zu bannen und der Verelendung breiter Volksmassen entgegenzuwirken.

Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik, wie auch das neue Programm der Reichsregierung erfüllen die notwendigen Erfordernisse nicht. Die Politik der Lohnsenkung und der gleichzeitigen Steigerung der Lebensmittelpreise sind nicht miteinander vereinbar. Das Ergebnis dieser zwiespältigen Wirtschaftspolitik läuft auf die Senkung des Reallohnes und damit der Kaufkraft hinaus. Senkung des Reallohnes und der Kaufkraft aber hindert die Ueberwindung der Wirtschaftskrise und macht sie zum Dauerzustand.

In der Aufrechterhaltung hoher Warenpreise liegt ein verhängnisvoller Fehler der Wirtschaftsführung. Die überhöhten deutschen Preise müssen an die Weltmarktpreise angeglichen werden durch gesetzliche Kontrolle der Kartelle und Bekämpfung aller überhöhten Preise überhaupt, in erster Linie der Preise für Lebensmittel und Bedarfsgegenstände. Besonders notwendig hierfür ist eine Revision der jetzigen Agrarpolitik, insbesondere die Beseitigung der überhöhten Zölle.

Entgegen den Plänen der Regierung zur Neuregelung der Wohnungswirtschaft hält der Bundesausschuss es für dringend notwendig, daß der bisherige Betrag von 850 Millionen Reichsmark Hauszinssteuergeldern dem Wohnungsbau verbleibt, daß eine bessere Ausschöpfung des Aufkommens der Hauszinssteuer und ihrer Rückflüsse erfolgt, daß die Hauszinssteuer zu einer langfristig fließenden Quelle der Finanzierung des Wohnungsbauwesens umgestaltet wird, daß die stoßweise Beanspruchung des Baumarktes durch konsequente Durchführung eines mehrjährigen Wohnungsbauprogramms, nötigenfalls unter Zuhilfenahme ausländischer Kredite, beseitigt wird und daß der Mieterschutz bis zu seiner Ueberleitung in ein soziales Wohn- und Mietrecht aufrechterhalten bleibt.

Bei der Bedeutung der öffentlichen Hand als Auftraggeberin für die gesamte Wirtschaft sind alle Hemmnisse zu beseitigen, die die Kreditbeschaffung erschweren.

II.

Die Krise des Arbeitsmarktes, deren weitere Verschärfung in den nächsten Wochen und Monaten bevorsteht, die aus der Arbeitslosigkeit erwachsende Verelendung und Verzweiflung der Massen fordern gebieterisch, alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft für die Entlastung des Arbeitsmarktes einzusetzen. Die bisherigen Methoden zur Behebung der Krise haben versagt. Neue Wege müssen beschritten, neue Entschlüsse gefaßt werden.

Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit verlangt vor allem eine Verkürzung der Arbeitszeit, die entsprechend der gesteigerten

Produktivität der Wirtschaft und der Leistung des einzelnen eine gerechte Verteilung der Arbeitsgelegenheit sichert.

Der Bundesausschuss fordert insfolgedessen eine gesetzliche 40stündige Arbeitswoche solange, bis der Arbeitsmarkt entlastet ist, unter gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen Zwanges zur Einstellung neuer Arbeitskräfte im Ausmaße der Arbeitszeitverkürzung, zur Meldung offener Stellen und Benützung der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Zum Lohnausgleich sind für den Uebergang die freiverdenden Unterstützungsmittel mit heranzuziehen.

Die Zulassung von Ueberstunden ist auf die dringlichsten Ausnahmefälle zu beschränken mit der Bestimmung, daß der Unternehmer für jede Ueberstunde einen vollen Stundenlohn als Sonderbeitrag zur Arbeitslosenunterstützung abzuführen hat.

Zur Entlastung des Arbeitsmarktes ist weiterhin erforderlich die Anrechnung des Arbeitsentgelts auf alle Pensionen und Wartegelder, soweit ihre Empfänger in beruflicher Arbeit stehen.

Der Bundesausschuss fordert weiter die Beseitigung der schweren Ungerechtigkeiten, die in dem sozialpolitischen Teil der Notverordnungen enthalten sind. Er verlangt darüber hinaus zur Sicherstellung der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge die Aufrechterhaltung der Darlehenspflicht des Reiches und die Einsetzung der notwendigen Summen in den Reichsetat. Die Krisenfürsorge muß auf alle Berufe und auf die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit ausgedehnt werden.

III.

Angesichts der heutigen schwierigen Wirtschaftslage Deutschlands stellen die bestehenden Reparationslasten, deren Maß schon längst die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden überschritten hat, eine Bürde dar, die das wirtschaftliche, das soziale und das staatliche Leben auf das äußerste gefährden.

Die deutschen Gewerkschaften sind schon vor einem Jahrzehnt für die Annullierung der internationalen Kriegsschulden eingetreten. Diese grundsätzliche Haltung haben die Gewerkschaften niemals aufgegeben. Nur um die unberechenbaren Folgen der Sanktionspolitik der ersten Nachkriegsjahre abzuwehren und in den Grenzen des Möglichen die günstigsten Bedingungen für die Erhaltung der deutschen Wirtschaft und die politische Bewegungsfreiheit des deutschen Volkes zu schaffen, haben auch sie der Uebernahme dieser schweren Bürde zugestimmt. Sie haben aber niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß das Ziel der deutschen Politik die Revision der Reparationsabkommen und die Wiederherstellung der vollen Souveränität des deutschen Volkes sein muß.

Es steht fest, daß die Milliarden, die Deutschland an seine Gläubiger zu zahlen hat, nicht nur eine der Ursachen der ungeheuren Arbeitslosigkeit in Deutschland, sondern auch der Störungen in der Weltwirtschaft sind. Deshalb ist es ein Gebot wirtschaftlicher und staatsmännischer Einsicht, diese Hemmnisse einer gesunden weltwirtschaftlichen Entwicklung auszuschalten!

Die deutsche Arbeiterschaft, die stets aufrichtig für einen dauernden und gerechten Frieden eingetreten ist, fühlt sich jetzt gerade aus diesem Grunde zu dieser ernststen Mahnung berechtigt und verpflichtet. Die schwere Reparationsbelastung gefährdet nicht nur die Bewegungsfreiheit der deutschen Wirtschaft und damit die sozialen Errungenschaften der deutschen Arbeiterschaft, sondern sie erschwert die Ueberwindung der Weltwirtschaftskrise, unter deren verhängnisvollen Folgen die Arbeiterschaft der gesamten Welt heute leidet.

Die Gewerkschaften sind und bleiben der starke Schutzwall gegen soziale Not und Bedrückung; sie vertreten das Recht der Arbeiterschaft auf entscheidende Mitwirkung in Staat und Wirtschaft. Sie nehmen dieses Recht, gestützt auf ihre im Vertrauen der Arbeiterschaft begründete Macht auch jetzt für sich in Anspruch. Mit unerschütterlicher Zuversicht in die befreiende Kraft der Arbeiterbewegung treten fünf Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen ein für die Stärkung der Gewerkschaften, für die Erfüllung ihrer Forderungen. Die Arbeiterbewegung hat in den Jahrzehnten ihrer Geschichte mehr als einmal den Druck wirtschaftlicher und politischer Gegenkräfte siegreich überwunden, die unergleichlich fester gegründet waren als die, von denen gegenwärtig Freiheit und Recht des werktätigen Volkes bedroht sind. Der Aufstieg der Arbeiterschaft kann zwar durch reaktionäre Gewalten, deren Streben in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise einen günstigen Nährboden findet, vorübergehend gehemmt werden, jedoch der Wille der Arbeiter und die Kraft ihrer Organisationen wird auch diese Widerstände überwinden.

*

Zum Schiedspruch in der Berliner Metallindustrie

In dem Schiedspruch für die Berliner Metallindustrie erkennt der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Absicht, die staatliche Schlichtung einseitig zugunsten der Arbeitgeber gegen die Arbeiterschaft einzusetzen. Mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband sind daher alle Gewerkschaften einig in der entschiedenen Beurteilung dieses Mißbrauchs der Staatsgewalt und erheben im voraus Protest dagegen, daß etwa durch Verbindlicherklärung dieses Schiedspruches versucht wird, der Arbeiterschaft den Lohnabbau aufzuzwingen.

Das Regierungsprogramm

Die noch im Amt befindliche Regierung hat der Öffentlichkeit ein Programm vorgelegt, welches nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt Aufsehen erregt hat. Das Programm ist als Sanierungsprogramm, als ein Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung bezeichnet. Die Unternehmerpresse begrüßt dieses Programm als eine rettende Tat. Daraus ist schon ersichtlich, was dieser Vorschlag zur Sanierung der Staatsfinanzen bedeutet. In der Begründung wird gesagt, daß endlich einmal ein Schritt getan werden müsse, um über den Tiefpunkt der Wirtschaftskrise hinwegzukommen. Die Vorschläge sollen aus der Not der Zeit geboren sein. In der Einleitung zu dem Programm heißt es wörtlich:

Der Zusammenbruch aller Preise der Rohstoffe wie der landwirtschaftlichen Produkte auf dem Weltmarkt hat gezeigt, daß die wirtschaftlichen Anschauungen der Nachkriegszeit, welche davon ausgingen, daß die Völker unter wesentlich höheren Preisen leben würden, also die Kaufkraft des Goldes eine verringerte sein würde, einer Revision bedarf. Zwar ist die Rückwirkung jener Umwälzung noch nicht bis zu allen Bedarfsartikeln unseres Volkes durchgedrungen. Die Höhe der von Gehalt und Löhnen, von Steuern und Soziallasten bedingten Gestaltungskosten steht hemmend im Wege. Wohl aber hat eine starke Lähmung in der Aufwärtsentwicklung der Weltwirtschaft und der einzelnen Volkswirtschaften Platz gegriffen, die zu einer schweren Wirtschaftskrise geführt hat. Deutschland schien außerdem die aus Krieg, Revolution und Inflation erwachsenen Schwierigkeiten in den vergangenen Jahren steigend dadurch zu überwinden, daß es seine Wirtschaft mit gewaltigen Kapitalzufuhren aus dem Auslande, die in die Milliarden gehen, entwickelte. Diese Periode ist abgelaufen und an die Stelle der Kapitaleinfuhr trat die Kapitalausfuhr, welche notwendig war, die aufgenommenen Verpflichtungen zu verzinsen und zu tilgen und die Lasten des verlorenen Krieges abzutragen.

Bevor wir über diese Begründung einiges sagen, möchten wir über den wesentlichen Inhalt des Finanzplanes zusammenfassend berichten: Das Etatjahr 1930/31 schließt voraussichtlich mit einem Fehlbetrag von 750 bis 900 Millionen Mark ab. Dieser Fehlbetrag ist hervorgerufen durch die Arbeitslosenfürsorge und auf die Rückgänge in den Steuereinnahmen. Die Regierung will diesen Fehlbetrag durch einen Ueberbrückungskredit decken, der im Auslande aufgenommen und in den nächsten drei Jahren getilgt werden soll. Im Etatjahr 1931/32 wird mit einem Einnahmerückgang von rund einer Milliarde gerechnet. Dieser Betrag soll gedeckt werden durch:

a) Gehaltskürzung	120 Mill. Mark
b) Kürzung der Ueberweisungen an Länder und Gemeinden	100 " "
c) Ersparnis i. d. Arbeitslosenversicherg.	265 " "
d) Abstriche im Reichshaushalt	300 " "
e) Erhöhung der Tabakbelastung	167 " "

Eine Neubelastung ergibt sich danach aus dieser Regelung, erstens durch die Kürzung der Beamtengehälter bei Reich, Ländern, Gemeinden, Reichsbank, Reichsbahn und Reichspost um 6 v. H. ab 1. April 1931. Hinzu tritt eine Kürzung der Bezüge des Reichspräsidenten, der Minister und der Abgeordneten um 20 v. H. Eine Neubelastung ergibt sich weiter durch die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2 auf 6½ v. H. Zu den Beiträgen der Arbeitslosenversicherung müssen bekanntlich die Unternehmer und die Arbeiter zu gleichen Teilen beitragen, so daß sich eine weitere Senkung des Reallohns um mindestens 1 v. H. ergibt.

Daneben sind steuerliche Erleichterungen vorgesehen durch den Fortfall der Vermögenssteuer bei der Landwirtschaft für Vermögen unter 20 000 M. Die Grundvermögenssteuer, die Reichsvermögenssteuer und die ersten 10 v. H. der Einkommensteuer bei der Landwirtschaft sollen durch eine Einheitssteuer abgegolten werden. Eine ähnliche Maßnahme wird bei den Kleingewerbetreibenden getroffen. Ferner soll die vermögenssteuerfreie Grenze auf 20 000 M. hinausgesetzt werden. Unternehmungen mit einem Gesamtumsatz bis 5000 M. sollen von der Umsatzsteuer hinfort befreit sein. Des ferneren ist vorgesehen ein Steuervereinheitlichungsgesetz, eine Senkung der Kapitalverkehrssteuern, eine Senkung der Realsteuern und zwar der Gewerbesteuer um 20 v. H. und der Grundsteuer um 10 v. H. Als weitere Maßnahmen sind geplant: a) Grundlegende Reform der Arbeitslosenversicherung, b) Vereinfachung des Steuersystems, c) Anpassung des Haushaltsrechts der Länder und Gemeinden an die Grundsätze des Reiches, d) Mietenverbilligung durch Miets- und Zinszuschüsse, e) den Bau von 215 000 Wohnungen im Jahre 1931, f) Instandhaltung der Alt-Wohnungen, g) zur Finanzierung dieses Wohnungsprogramms: 400 Mill. Mark aus Hauszinssteuermitteln, 400 Mill. Mark durch Einzelbeileihung oder Anleihen, h) Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft im Jahre 1936 und i) Festsetzung einer Höchstgrenze für Ausgaben der öffentlichen Hand.

Es sind also sehr wesentliche Eingriffe in das bisherige Steuersystem, die Wohnungszwangswirtschaft usw. vorgesehen. Die Landwirtschaft, die Kleingewerbetreibenden, die Börsianer, der gesamte Mittelstand und der Grundbesitz sollen wesentlich von der Steuerleistung befreit werden. Es ist deshalb verständlich, daß diese Kreise dem sogenannten Sanierungsprogramm der Reichsregierung zustimmen.

Sehr einschneidende Änderungen sind bei der Arbeitslosenversicherung geplant. Die Arbeitslosenversicherung soll künftig fast die ganze Last der Arbeitslosigkeit zu tragen berufen sein. Damit soll der Unsicherheitsfaktor im Reichsetat beseitigt werden. An dem Aufwand der Krisenfürsorge soll der Anteil des Reichs hinfort höchstens 420 Mill. Mark betragen. Daneben wird eine grundlegende Reform der Arbeitslosenversicherung in Aussicht genommen. In welcher Form diese Umgestaltung vor sich gehen soll, wird mit keinem Worte angedeutet. Man kann sich aber ungefähr denken, wie diese aussehen soll. Weitere Einschränkungen bei Bezug der Arbeitslosenversicherung, die Einführung der Bedürftigkeitsprüfung und viele andere Momente werden bei der geplanten Reform sicher eine große Rolle spielen. Sehr einschneidende Verschlechterungen hat die Arbeiterschaft bereits hinnehmen müssen. Wenn hier noch weitere geplant sind, so wird nicht mehr viel von der so viel gepriesenen Arbeitslosenfürsorge übrigbleiben.

Es ist nicht zu verkennen, daß das Programm der Brüning-Regierung zu den radikalsten gehört, welches jemals aufgestellt wurde. Wenn in der von uns zitierten Einleitung gesagt wird, daß der Zusammenbruch der Preise der Rohstoffe wie der landwirtschaftlichen Produkte noch nicht die Auswirkung in der Preisgestaltung gefunden habe und dies auf die hohen Löhne und Gehälter zurückzuführen, so muß dies als unzutreffend zurückgewiesen werden. Es zeugt von der reaktionären Einstellung der Regierung, wenn sie hierfür die Löhne und Gehälter verantwortlich macht. Daß die Inlandspreise sich noch auf dieser Höhe bewegen ist nicht zuletzt auf die Gebundenheit der Preise durch Kartelle und Syndikate zurückzuführen. Die Regierung hat in der Einschränkung der Kartellidiktatur wohl einen Anlauf gemacht, aber weiter ist sie noch nicht gekommen. Hätte die Regierung hier eine Tat folgen lassen, dann wäre es noch einigermaßen verständlich gewesen. Die deutschen Arbeiterlöhne sind gegenüber den Konkurrenzländern des Auslandes niedrig genug. Die sehr durchsichtige Anschauung der Regierung über die Lohnhöhe und ihre Maßnahmen bei der Senkung der Beamtengehälter werden, so befürchten wir, das Signal zu einem Generalangriff auf die deutschen Löhne sein. Es ist die höchste Zeit, daß die Arbeiterschaft sich fest und entschlossen um die Gewerkschaften schart, damit der Sturm der Reaktion auf den Lebensstandard des Volkes abgewiesen werden kann.



Tabakgewerbe



Die Zahl der Vollarbeiter steigt

Von der statistischen Erhebung, die der Deutsche Tabakarbeiter-Verband Ende September unter seinen Mitgliedern zur Feststellung der Lage des Arbeitsmarktes in der Tabakindustrie veranstaltet hat, wurden insgesamt 68 998 (15 100 männliche und 53 898 weibliche) Mitglieder erfaßt. 11 971 (2426 männliche und 9545 weibliche) der erfaßten Mitglieder waren völlig arbeitslos; 18 989 (3790 männliche und 15 199 weibliche) mußten verkürzt arbeiten; 35 655 (8216 männliche und 27 439 weibliche) konnten 48 Stunden in der Woche arbeiten und 2383 (668 männliche und 1715 weibliche) arbeiteten darüber hinaus.

In Verhältniszahlen ausgedrückt ergibt sich bei einem Vergleich mit der Beschäftigungsmöglichkeit im Monat August folgende Bild: Von je 100 erfaßten Mitgliedern waren

	Arbeitslose	Kurzarbeiter	Vollarbeiter	Uebersarbeiter
August	16,94	32,11	47,78	3,17
September	17,35	27,52	51,67	3,46
	0,41	- 4,59	+ 3,89	+ 0,29

Bei ungefähr gleichbleibender Arbeitslosigkeit und Uebersarbeit — die es in der Tabakindustrie leider auch noch gibt — ist also eine Steigerung der Vollarbeiterzahlen zu verzeichnen, die durch ein Nachlassen der Kurzarbeit verursacht wurde. Ueber die Verkürzung der Arbeitszeit im einzelnen unterrichtet die folgende Zusammenstellung: Die 48stündige Wochenarbeitszeit war verkürzt um

bei	1—8	9—16	17—24	25 u. mehr Std.
Männlichen	1665	1308	707	110
Weiblichen	5355	5025	4167	652
Insgesamt	7020	6333	4874	762

Ueberschritten wurde die 48stündige Wochenarbeitszeit um	von	1—3	4—6	7 u. mehr Std.
Männlichen	381	206	81	
Weiblichen	868	543	304	
	1249	749	385	

Da die Beschäftigungsmöglichkeit nicht in allen Zweigen der Tabakindustrie gleichmäßig ist, wollen wir diesen allgemeinen Angaben Zahlen folgen lassen, die über die Entwicklung der Lage des Arbeitsmarktes in den einzelnen Branchen Aufschluß geben. Von je 100 statistisch erfaßten Mitgliedern waren in der

	August	September	Zigarren- branche	Zigaretten- branche	Kautabak- branche	Rauch- und Schnupftabak- branche
Arbeitslose	14,95	15,25	+ 0,30	+ 0,85	+ 0,67	- 0,44
Kurzarbeit.	29,33	26,21	- 3,12	- 13,88	+ 25,69	+ 1,98
Vollarbeiter	51,57	53,97	+ 2,40	+ 13,19	- 26,36	- 2,67
Uebersarbeit.	4,15	4,57	+ 0,42	- 0,16	-	+ 1,13

Die Arbeitslosigkeit ist demnach in allen Zweigen der Tabakindustrie annähernd gleich geblieben. Ebenso die Uebersarbeit. Dagegen weisen die Verhältniszahlen der Kurzarbeiter wesentliche Aenderungen auf, insbesondere in der Zigarettenbranche mit einer Senkung um rund 14 v. H. und in der Kautabakbranche mit einer Steigerung um mehr als 25 v. H. Dem steht in der Zigarettenbranche eine Steigerung und in der Kautabakbranche eine Senkung der Vollarbeiterzahlen um annähernd den gleichen Hundertstel gegenüber, so daß in der Zigarettenbranche eine Verbesserung und in der Kautabakbranche eine Verschlechterung der Beschäftigungsmöglichkeit festgestellt werden kann. Zum Schluß dann noch die absoluten Septemberzahlen aus den einzelnen Branchen der Tabakindustrie. Von den statistisch erfaßten Mitgliedern waren

in der	Arbeitslose	Kurzarb.	Vollarb.	Uebersarb.	Zusammen
Zigarrenbranche	7299	12 545	25 831	2189	47 864
Zigarettenbranche	4155	4 702	7 723	12	16 592
Kautabakbranche	74	1 411	678	—	2 163
Rauch- u. Schnupftabakbr.	443	331	1 423	182	2 379
Insgesamt	11 971	18 989	35 655	2383	68 998

Wir sind aufgeklärt worden

Schneller als erwartet werden konnte, ist der im „Tabak-Arbeiter“ Nr. 40 geäußerte Wunsch, über die richtigen Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands aufgeklärt zu werden, in Erfüllung gegangen. Man bedenke: im „Tabak-Arbeiter“ vom 9. August berichteten wir auf Grund von Mitteilungen des „Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ vom 1. August über die Rassengebarung des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands im Jahre 1929. Annähernd zwei Monate später werden auch die christlich-organisierten Tabakarbeiter in ihrem Organ vom 26. September über die Finanzverhältnisse ihres Verbandes unterrichtet. Beim Vergleich seiner Angaben mit den Zahlen im „Tabak-Arbeiter“ und im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands“ zeigten sich jedoch Differenzen und zwar bei den Gesamteinnahmen um rund 11 000 M und bei den Gesamtausgaben um ungefähr 7 M. Noch verwickelter wurde die Geschichte, als die christliche „Tabakarbeiter-Zeitung“ in ihrer Nummer vom 3. Oktober über „Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1929“ berichtete und dabei aus dem Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften Zahlen brachte, die wohl mit unseren, nicht aber mit ihren eigenen Angaben übereinstimmten.

In einer Briefkastennotiz, die wohlweislich nicht an uns und auch nicht „An Mehrere“, sondern an H. W. in Raldenkirchen adressiert ist, bringt die neueste Nummer der christlichen „Tabakarbeiter-Zeitung“ nun des Rätsels Lösung. Nach ihrer Aufklärung ist die Differenz bei den Gesamteinnahmen darauf zurückzuführen, daß die Beitragseinnahmen für die Alters- und Invalidenhilfe im Betrage von 10 940,70 M in einem Falle mitgerechnet und im anderen Falle nicht mitgerechnet worden sind. Die Differenz von 7 M ist nach der gleichen Quelle auf einen Rechenfehler beim Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften oder auf einen Druckfehler zurückzuführen.

Der Deutsche Tabakverein gegen Lohnabbau?

Es geschehen Zeichen und Wunder! Der Deutsche Tabakverein, die Spitzenorganisation der Zigarren-, Rauchtabak-, Kautabak- und Schnupftabakindustrie sowie des Roh-tabakhandels, den man bisher mit dem besten Willen nicht als fortschrittlich bezeichnen konnte, hat — wenn wir seinen Worten die richtige Deutung geben — die Lohnabbaubestrebungen der Reichsregierung und der Unternehmerverbände mit aller Schärfe verurteilt. In seiner Stuttgarter Tagung am 4. Oktober hat er nämlich an den Reichsminister der Finanzen ein Protesttelegramm gegen die Mehrbelastung des Tabaks gerichtet und darin zum Ausdruck gebracht, daß eine weitere Verteuerung der Tabakerzeugnisse auch im Hinblick auf den von der Regierung selbstgewollten Abbau von Gehältern und Löhnen so verbrauchsmindernd wirken müßte, daß Berechnungen über erwartete Mehrerträge vollkommen illusorisch seien.

Ganz unsere Meinung! Auch wir haben schon wiederholt zu erkennen gegeben, daß die Tabakindustrie in allen ihren Zweigen nur blühen und gedeihen kann, wenn die Tabakbelastung sich in erträglichen Grenzen hält und die Kaufkraft der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung zum mindesten nicht noch herabgedrückt wird. Es kann doch wirklich kein Zweifel darüber bestehen, daß unter einem allgemeinen Lohn- und Gehaltsabbau gerade die Tabakindustrie am allermeisten zu leiden haben würde. Wir freuen uns deshalb, daß sich auch die leitenden Persönlichkeiten des Deutschen Tabakvereins zu unserer Ansicht durchgerungen und damit abbaulüsterne Zigarrenfabrikanten und Syndizis zur Ordnung gerufen haben.

Das Wirken der Versichertenvertreter in der Tabak-Berufsgenossenschaft

Am 4. Oktober fand in Stuttgart eine erweiterte Vorstandssitzung der Tabak-Berufsgenossenschaft statt, zu der neben zehn Unternehmervertretern auch zehn Versichertenvertreter eingeladen und erschienen waren. Außerdem nahm ein Vertreter des Reichsversicherungsamtes an den Verhandlungen teil, der in seiner Begrüßungsansprache die praktische Mitarbeit und das große Interesse, das die Vertreter der Gewerkschaften der Unfallverhütung entgegenbringen, hervorhob. Von den anwesenden Versichertenvertretern gehörten acht unserem Verband an, während einer Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und einer Mitglied des Zentralverbandes christlicher Tabakarbeiter Deutschlands war.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung „Stellungnahme zum technischen Jahresbericht“ wünschten unsere Kollegen Vogel und Reichenbach (Dresden) die Unfallverhütungs-Propaganda nicht auf eine Woche zu beschränken, sondern durch ständige Aufklärung die Zahl der Unfälle in der Tabakindustrie zurückzudrängen. Den Versichertenvertretern, die gerne bereit wären, in Belegschafts- und Gewerkschaftsverfammlungen auf die Unfallgefahren hinzuweisen, mußte dazu laufend Material geliefert werden. Es wurde zugesagt, im Sinne dieser Anregung zu handeln. Kollege Otto Schulze (Nordhausen) hob die Gefahren beim Transport von heißem Wasser und heißer Soße in den Raubakbetrieben hervor. Die zahlreichen Verbrennungen, die sich dabei ergeben, könnten verhütet werden, wenn technische Hilfsmittel, wie Aufzüge zum Transport benutzt würden. Eine sofortige Besichtigung der in Betracht kommenden Anlagen wurde zugesichert, um dann die notwendig erscheinenden Vorkehrungen treffen zu können.

Kollegin Wolf (Speyer) wünschte, daß der Mitarbeit der Betriebsräte mehr noch als bisher die größte Beachtung geschenkt werde, da durch die gemeinsame Arbeit bei etwaigen Unfällen Gefahrenherd und Ursache sofort erkannt und für sofortige Abhilfe gesorgt werden könne. Die hierbei gewonnenen Erfahrungen dürften auch zur Verhütung künftiger Unfälle beitragen. Ebenso komme es darauf an, die Zahl der Helfer, insbesondere der weiblichen, in den Betrieben zu vergrößern und deren Ausbildung zu fördern. In beiden Fällen wurde eine Berücksichtigung der vorgetragenen Wünsche zugesagt. Bei der letzten Anregung wurde darauf hingewiesen, daß ein Abkommen mit dem Roten Kreuz und dem Arbeitersamariterbund über die Ausbildung von Helfern bestehe. Wenn an den einzelnen Orten Kurse zur Ausbildung im Samariterdienst abgehalten würden, müsse der Tabak-Berufsgenossenschaft davon Mitteilung gemacht werden, die dann zur Uebernahme der Kosten für die Kurssteilnehmer bereit sei.

Im weiteren Verlauf ihrer Ausführungen setzte sich Kollegin Wolf dafür ein, daß in den Betrieben, soweit das ohne Behinderung des Arbeitsganges möglich sei, Sitzgelegenheit für Frauen geschaffen werde. Insbesondere bei Ohnmachtsanfällen infolge verschiedenartiger Temperaturen und Ausdünstungen sowie beim Fallen auf harte Gegenstände, eine Gefahr, der besonders schwangere Frauen ausgesetzt sind, würde diese Sitzgelegenheit unfallverhütend wirken. Wenn diese Frage auch in erster Linie die Gewerbeinspektion berühre, so wäre doch ein vermittelndes Eingreifen der Tabak-Berufsgenossenschaft zu begrüßen, wenn bei etwaigen Verhandlungen in Betrieben über Schaffung von Sitzgelegenheit keine Einigung erzielt werden könne. Es wurde zugesagt, im Sinne dieser Anregung zu handeln. Zur statistischen Jahresübersicht wünschte Kollegin Wolf eine Trennung der Angaben über die Versicherten in Arbeiter und Angestellte. Hier konnte eine sofortige Zusage nicht gegeben werden, da der Erfüllung des vorgetragenen Wunsches nach Angabe der Tabak-Berufsgenossenschaft technische Schwierigkeiten und vermehrte Arbeit im Wege ständen. Der Vorstand wolle sich aber einmal mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung „Bericht über den Stand der Unfallverhütungsvorschriften“ gab der technische Aufsichtsbeamte bekannt, daß der Entwurf der Unfallverhütungsvorschriften noch nicht in Druck gegeben sei, weil das Reichsversicherungsamt allgemeine Vorschriften herausgebe, von denen einzelne noch der Annahme und der redaktionellen Verränderung bedürften. Die Versichertenvertreter äußerten dazu den Wunsch, daß die Vorschriften in kurzer, übersichtlicher Form gehalten werden, da sonst die Gefahr bestehe, daß sie ungelesen bleiben. Zu Punkt 3 der Tagesordnung behandelte der technische Aufsichtsbeamte in einem Vortrag Wünsche, Anregungen und Aufklärung zur Unfallverhütung. Da uns dieser Vortrag zur Ver-

öffentlichung im „Tabak-Arbeiter“ zur Verfügung gestellt werden soll, dürfte sich jetzt ein ausführlicher Bericht erübrigen.

Alles in allem darf wohl gesagt werden, daß die freigewerkchaftlichen Versichertenvertreter die Bedeutung ihrer Aufgaben voll und ganz erkannt haben und bemüht sind, Anregungen zu geben und Anträge zu stellen, deren Verwirklichung dazu dienen soll, die Unfälle in der Tabakindustrie auf ein Minimum herabzudrücken. Hoffentlich sehen das auch die Unternehmer ein und wenden sich nicht gegen Bestrebungen, die darauf abzielen, die Rechte der Versichertenvertreter zu erweitern.

Bekanntmachungen

Am 18. Oktober ist der 42. Wochenbeitrag fällig

Zahlstellenverwaltungen!

Schickt sofort die noch ausstehenden Quartalsabrechnungen an den Verbandsvorstand. Die Namen der Zahlstellen, von denen die Quartalsabrechnungen nicht bis zum 20. Oktober eingehen, werden in der nächsten Woche in der „Vertrauensperson“ bekanntgegeben.

Folgende Gelder sind eingegangen:

- 27. Sept. Hamburg 500.—
- 29. Bünde 500.—
- 3. Okt. Bunzlau 70.—, Drießen 54.82.
- 4. Mosbach 150.—, Wittlufheim 220.—, Reilingen 200.—, Wittsch 72.25, Peiß 13.55, Prenzlau 240.—, Gehlhäusen 28.05, Wanssen 170.—, Untergruppenbach 173.70.
- 6. Kaldenkirchen 107.—, Halle an der Saale 250.—, Grevesmühlen 20.—, Gr.-Rhülen 197.05, Kayna 130.—, Oschersleben 220.—, Pirna 50.—, Potsdam 20.—, Reilingen 60.—, Schwerin 30.—, Strehlen 2.20, Wittenberge 100.—, Philippsburg 100.—, Frankfurt a. M. 140.—, Goldberg 300.—, Maiefels 252.—, Muskau 24.05.
- 7. Hagen 200.—, Kirchart 300.—, Annaburg 17.55, Döbeln 1000.—, Magdeburg 300.—, Peterswaldau 23.70, Lübbede 1000.—
- 8. Baden-Baden 500.—, Scharnbeck 100.—, Massenbachhausen 33.15, Marburg 122.20, Hannover 940.50, Lauffen 242.35, Löhne-Bahnhof 200.—, Neumarkt 130.50, Schönberg 180.—
- 9. Bremen 650.—, Dillenburg 113.40, Everode 54.65, Gräfenonna 64.35, Neulufheim 220.—, Oldenburg 70.55, Osnabrück 350.—, Sonneborn 80.—, Tangermünde 54.—, Dahme 500.—, Schwiebus 110.—, Frankenheim 51.45.
- 10. Nordhausen 1500.—, Gießen 300.—, Lüthjeen 41.45, Wltho 548.85.

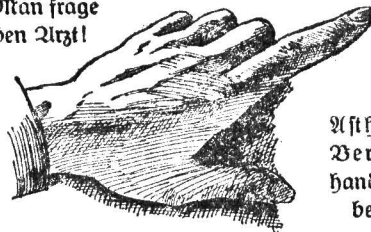
Bremen, den 14. Oktober 1930.

J. Krohn.

Gesucht wird

Ein junger, tüchtiger Raubakspinner, der alle Nummern spinnen kann und wegen Wohnungsmangel möglichst unverheiratet ist, nach Schleswig-Holstein. Nachfragen bei Gottlieb Ostertag, Altona, Langenfelder Straße 43 II, z.

Man frage den Arzt!



Atemnot?

Asthma, Bronchialkatarrh, Husten, Verschleimung und Herzschwäche behandelt wirksam die tausendfach bewährte wissenschaftlich anerkannte

Professor Kubnick'sche Maske

Rapide Vermehrung der roten Blutkörperchen. Anreicherung der Lunge mit gesund strömendem Blut. Empfohlen von Ärzten, Professoren usw. Auflär. Druckfachen kostenl. Gesellschaft für med. Apparate, Berlin-Schlachterssee 123

Gummiwaren

Hygien Artikel. Preis. T 2 gratis. „Medicus“

Berlin SW 68, Alle Jacobstraße 8

Kolleginnen und Kollegen!

Werbt unermüdetlich für den Verband!



Billige böhmische Bettfedern!

Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschlissene 3 M, halbweiße 4 M, weiße 5 M, bessere 6 M, 7 M, daunenweiche 8 M, 10 M, beste Sorte 12 M, 14 M, weiße, ungeschlissene 7.50 M, 9.50 M, beste Sorte 11 M.

Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet.

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245 bei Pilsen (Böhmen)

Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm

Von Oberpräsident z. D. Otto Höring (Magdeburg)

Der Führer des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, Genosse Otto Höring, stellt uns einen längeren Artikel „Arbeit oder Untergang“ zur Veröffentlichung zur Verfügung, dem wir das nachstehende Programm entnehmen, ohne die einzelnen Vorschläge kritisch zu würdigen:

1. Gesetzliche Herabsetzung und Festlegung des Zinsfußes

In Industrie und Landwirtschaft, in Handel und Gewerbe gibt es nur eine Klage: „Die Zinsen sind zu hoch; diese und die Bankprovisionen fressen alles auf.“ Jetzt ist es an der Zeit, annähernd den Vorkriegszustand gesetzlich wiederherzustellen. In keinem Fall aber dürfen Zinsen für langfristiges Geld 5 Prozent und für kurzfristiges Geld — unter 6 Monate — 6 Prozent Zinsen überschreiten. Die übertriebenen Bankprovisionen müssen völlig verschwinden, die Zinsen müssen in angemessenem Verhältnis zum Reichsbankdiskont stehen. Den Banken und Geldgebern darf es nicht länger gestattet sein, eine die Wirtschaft abwürgende Zinspolitik zu treiben. Man riskiere sofort meinen Vorschlag! Er wird Wunder auslösen und die Wirtschaft, Handel und Industrie beleben.

2. Ausreichende Preise für alle Produkte der Landwirtschaft

Jedes Industrieland muß, soll seine Bevölkerung ernährt werden, neben einer guten bäuerlichen Wirtschaft auch einen guten privaten, staatlichen und genossenschaftlichen Großgrundbesitz haben. So nötig wie die Existenz solcher gemischten Landwirtschaft, ist, daß der Landwirtschaft als Ganzem die Existenzmöglichkeit gegeben wird. Das ist jetzt bei der deutschen Landwirtschaft durchaus nicht der Fall. Hunderte von Millionen für einen Teil der Landwirtschaft, wie jetzt die Osthilfe, viele Millionen für die Roggenstützungsaktion usw. helfen nur einem Bruchteil und verärgern die große Mehrheit der Landwirte. Sieht man sich die Preisbildung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse beim Produzenten und Konsumenten an, so ist man erschrocken, wie wenig die Landwirtschaft für ihre Produkte bekommt — teils unter Vorkriegspreise; dann kommt die gewaltige Handelsspanne und damit die Teuerung beim Konsumenten. Die Handelsspanne ist einfach viel zu hoch und der Instanzen, die hiervon leben, sind zu viele. Der Landwirt wird zu gering bezahlt. Das ist eins der größten Uebel.

Bekommt die Landwirtschaft den angemessenen Preis — aber nicht mehr —, dann ist sie in der Lage, ihre Arbeiter besser zu entlohnen und wird selbst kaufkräftig und starker Konsument von Geräten, Maschinen, künstlichen Düngemitteln, d. h. Bedarfsartikeln aller Art. Damit wird der innere Markt belebt und immer wieder neue Arbeitsmöglichkeit geschaffen. Deshalb gibt es gar keine andre Lösung, als die Festsetzung von Mindestpreisen für die landwirtschaftlichen Produkte beim Landwirt und von Höchstpreisen für die Konsumenten. Die ganze Frage aber wird nur zu regeln sein, wenn die unentbehrliche ausländische Lebensmitteleinfuhr durch ein Staatsmonopol geregelt wird, solange, bis der Weltmarkt den Ausgleich schafft, was für absehbare Zeit aber nicht der Fall sein wird. Dieses Problem, dessen Schwierigkeiten ich durchaus nicht verkenne, zu lösen, ist eine der dringendsten Aufgaben der Reichsregierung. Hier darf keine Stunde gesäumt werden.

3. Erbauung vieler und großer Talsperren

Und nun zu der Frage der Großarbeitsbeschaffung. Jahr für Jahr rasen die Gebirgsflüsse und Bäche bergab und richten durch Ueberschwemmungen fast in jedem Jahre für viele hundert Millionen Mark Schaden an. Diese Gebirgsflüsse jetzt durch viele große Talsperren abzufangen, muß sofort geschehen, und zwar einmal, um mehrere hunderttausend Menschen zu beschäftigen, dann aber, um aus den Talsperren ungeheure Mengen elektrischer Energie für jeden Bedarf — vornehmlich aber zur Elektrifizierung der Eisenbahn — zu gewinnen.

4. Elektrifizierung der Eisenbahn

Die wie oben dargelegte Erbauung von Talsperren und damit die Schaffung gewaltiger Mengen elektrischer Kraft muß Hand in Hand gehen mit der Elektrifizierung der Reichseisenbahn, die hierzu sofort umgebaut werden muß. Hier und am Talsperrenbau werden mehr als eine Million Handwerker, Arbeiter und Angestellte mehrere Jahre Beschäftigung finden.

5. Auflösung der frei werdenden Kohle zu Del und Betriebsstoffen

Mit der Elektrifizierung der Eisenbahnen werden große Mengen Kohle frei. Die Mengen frei werdender Kohle steigen, je mehr die Bahn durchelektrifiziert wird. In keinem Fall aber

Fräulein Mutter

Sozialer Roman von Lydia Ruehland

XIV.

(Nachdruck verboten.)

„Nun, Ihre jetzige Lage kommt kaum auf das Konto Ihrer Geburt, Sie waren alt genug, um die Tragweite Ihres Tuns bemessen zu können und die nötige Bildung besaßen Sie auch! Jedem Kinde ist die Mutter bestimmt, den Vater kann es sich nicht aussuchen, das ist Sache der Mutter. Fällt ihre Wahl auf einen Unwürdigen, so trägt sie die Schuld, sie ganz allein. Sie mußten eben die Suppe auseressen, die Sie sich eingebrockt hatten,“ sagte die Aufferherin.

Flammenden Blickes erwiderte Lore: „Solange es für eine Schande gilt, ein illegitimes Kind zu haben, hat man auch nicht den Mut, die Konsequenzen zu tragen.“

„Ja, du lieber Himmel, so weit sind wir noch nicht, daß wir die Mutterschaft einer unverheirateten Person für eine Ehre ansehen. — Wer A sagt, darf das B nicht unterdrücken.“

„Ja, ja, dann müßte die bestehende Weltanschauung erst einmal umgestürzt werden. Jetzt dürfen nur verheiratete Frauen Mutter sein, Frauen, die manchmal selbst noch der Erziehung bedürfen und dem Leben kaum gewachsen sind. Wenn es jedem Mädchen, das auf eigenen Füßen steht, unbenommen wäre, ein Kind zu besitzen, würden Fälle wie der meine von selbst verschwinden,“ sagte Lore erregt.

„Der Gedanke an und für sich ist ja ideal. Ich selbst hätte für mein Leben gern ein Kindchen und ich kenne viele Unver-

heiratete, die ebenso denken. Es sollte mir auch nicht schwer werden, meinen Wunsch zu realisieren, aber dann büßte ich meine Stellung ein. Denn ein Kind ohne Mann ist eben noch nicht erlaubt — na — und heiraten? — Ich habe zu tief in der Menschheit Jammer geschaut — da verlangt mich nicht danach. Da unterdrückt man seine Wünsche und wenn man durchaus etwas braucht, wofür man sich sorgt, so hält man sich 'ne Kaze oder 'nen Kanarienvogel. Wie sind Sie denn nur auf den unflätigen Gedanken gekommen — damals?“

„Was sollte ich tun? — Als ich meinem Verführer die Aussicht auf das zu erwartende „Glück“ machte, erkannte er keine Mutterschaft nicht an — sollte ich nun öffentlich in den Zeitungen verkünden, daß ich einen Vater suche für mein Kind? Und wenn dann die Frucht der verbotenen Liebe heranwuchs, würde ihr Los ein ebenso trauriges sein, wie das meine! Dieser Gedanke verfolgte mich Tag und Nacht und ließ mich handeln, ehe es zu spät war — denn wenn das Kind erst lebte, war ich eine Mörderin.“

„Erlauben Sie — was war Ihr Verbrechen denn anderes als Mord?“ frug die Aufferherin unwillig.

„Nein! Es war kein Mord. Ich empfand durchaus nicht so. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit, das Regen unterm Herzen war noch Phrase — — trotzdem mußte ich so hart büßen — erst die Krankheit — — und dann die Schande — — öffentlich gebrandmarkt.“ Lore sagte das bitter und sah zu Boden.

Achselzuckend erwiderte die Aufferherin: „Ja, wer erwischt wird, dem zahlt's Justitia gründlich heim — es kommen ohnehin genug durch.“

dennoch darf der Bergbau zur Einschränkung oder gar zum Erliegen kommen. Mit der Elektrifizierung der Bahn müssen deshalb sofort große Anlagen zur Auflösung der Kohle in Del und Betriebsstoffen aller Art in allen Kohlenrevieren erbaut werden. Mit dem Koks und der zur Auflösung nicht geeigneten Braunkohle kann man die Elektrizitätswerke dort, wo durch Talsperren keine Elektrizität zu schaffen ist, feuern und betreiben. Man schafft mit dem Bau der riesigen Anlagen zur Auflösung der Kohle viel Arbeit und erreicht, daß das Reich sich durch Produktion eignen Deles und aller Betriebsstoffe vom Ausland unabhängig macht, und daß viele hundert Millionen Mark, die heute für Del und Betriebsstoff Jahr für Jahr ins Ausland fließen, im Lande bleiben können. Nur der nicht im Inland zu erzeugende, also fehlende Bedarf ist durch Einfuhr hereinzulassen und durch ein Staatsmonopol, weil anders kaum möglich, zu kontrollieren.

6. Starke Herabsetzung der Eisenbahn-Personen- und Gütertariife

Die Tarifgebarung der Eisenbahn richtet das Wirtschaftsleben zugrunde, macht jede Neubelebung und Arbeitsbeschaffung zunichte, weil, ja weil man die Eisenbahn, dieses wichtige und wertvolle Nationalvermögen, durch die heutigen Methoden zugrunde richtet. Wo liegt die Schuld? Von München nach Kiel, von Frankfurt nach Stettin, von Köln nach Breslau, kurz, auf allen Chausseen laufen heute Riesenlastautos, oft mit einem oder zwei Unhängern, so daß man von Güterzügen auf Landstraßen reden kann. Personenautos allergrößten Ausmaßes verbinden nicht nur Eisenbahnstationen mit Ortschaften ohne Bahnverbindung, sondern in der Hauptsache auch Orte, die Bahnverbindung haben. Diese Autos fahren die Straßen und Brücken in kurzer Zeit in Grund und Boden. Die Städte, Kreise, Provinzen und kleineren Länder brechen unter dieser völlig unproduktiven, nie gewinnbringenden Straßen- und Brückenbaulast zusammen. Immer größer wird die Gefahr für die Hochbauten in den Städten. Die Erschütterung der Gebäude wird und muß sich über kurz oder lang verheerend auswirken. Während dieser Unfug immer größeren Umfang annimmt, erhöht die Reichsbahn, die noch Riesensummen für die Reparation zahlen muß, die Tarife für den Personen- und Güterverkehr, baut Beamte ab, entläßt ganze Scharen von Arbeitern und Angestellten, schränkt die Neubeschaffung von Lokomotiven und Wagen ein, und wo diese Neubeschaffung nicht zu umgehen ist, muß die Eisenbahn Anleihen aufnehmen, die teuren Zinsen zahlen und wird so immer mehr belastet. Das Ganze ist ein wirtschafts- und verkehrsfeindlicher Zustand ohne Gleichen. Diesen Zustand zu beseitigen, ist ein Gebot der Stunde. Die Reichsbahn muß wieder das Monopol zur gewerbsmäßigen Beförderung von Personen und Gütern von Ort zu Ort bekommen neben den konzessionierten Schiffsahrtsgesellschaften. Die wirklich nötigen Ausnahmen dürfen nur die Regierungen im Einvernehmen mit der Reichsbahn konzessionieren.

Nur diese radikale Maßnahme verspricht Erfolg. Nur so und nicht anders werden die Personen- und Gütertariife herabgesetzt und der Vorkriegszeit angepaßt werden können. Man baue

Lokomotiven und Waggons statt der Straßengüterzüge, einen guten Eisenbahnoberbau statt der ewigen Erneuerung der Straßen und Brücken und entlaste hiervon die Städte, Kreise, Provinzen und Länder, die ihr Geld viel nutzbringender anwenden können. Eine gut florierende Eisenbahn aber kann und wird mehr Angestellte und Arbeiter aufnehmen können, als heute beim Bau und Betrieb dieser schauderhaften Lastzüge beschäftigt werden

7. Herabsetzung der Syndikatspreise

Daß die Preise vieler Waren, die die Syndikate, Truste, Verbände usw. festsetzen oder kontrollieren, bis zu 30 Prozent zu hoch sind, ist eine feststehende Tatsache. Diese Preise müssen herunter. Ein Reichsgesetz muß ihre Festsetzung und ständige Kontrolle festlegen. Dabei wird zu prüfen sein, ob die Aufhebung all dieser Syndikate usw. und die Zulassung des freien Wettbewerbs der Inlandserzeugung nicht das Beste und Vorteilhafteste für die Belebung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes ist.

8. Nichtbeschäftigung von Ausländern

Solange im Reich Angestellte, Kopf- und Handarbeiter, erwerbslos sind, können und dürfen wir uns nicht den Luxus, ausländische Kräfte zu beschäftigen, leisten. Das gilt auch für die Landwirtschaft, die völlig zu Unrecht immer wieder die These aufstellt, der deutsche Arbeiter eigne sich nicht besonders für den Rübenbau und ähnliche Feldarbeiten. Hiermit muß also sofort Schluß gemacht werden.

9. Erwerbsverbot für Pensionäre

Ein Krebschaden ohne Gleichen ist, wenn unmittelbare oder mittelbare Beamte des Reiches, der Länder, der Kommunalverbände oder Kommunen nach der Pensionierung wieder einen Erwerb in der Privatwirtschaft ergreifen und dennoch ihre volle Pension weiter beziehen. Wenn ein Oberbürgermeister einer Stadt, um nur ein Beispiel anzuführen, sich pensionieren läßt, sich in derselben Stadt als Anwalt niederläßt und durch seine Bekanntschaft und erworbenen Kenntnisse mindestens zwei Anwälte die Existenz nimmt, so ist das ein glatter Skandal. Deshalb muß allen Pensionären, die 400 Mark und mehr Pension pro Monat erhalten, jede Erwerbstätigkeit grundsätzlich verboten werden. Nur denjenigen, die unter 400 Mark monatliche Pension beziehen, kann ein Nebenverdienst, falls ein Bedürfnis vorliegt, was nachzuweisen ist, von der zuständigen Regierung gestattet werden; andererseits muß es überhaupt aufhören, daß gesunde Menschen unter 65 Jahren pensioniert werden.

10. Die Verlängerung der Schulzeit

um ein volles Schuljahr und die

Verkürzung der Arbeitszeit

auf 7 Stunden pro Tag sind ein sehr gutes Hilfsmittel, die Zahl der Erwerbslosen herabzudrücken. Es ist zu erwägen, ob nicht beides bis zur Behebung der Arbeitslosigkeit durch Gesetz durchgeführt werden muß. So einschneidend diese Maßnahmen auch sein mögen, sie werden viel leichter zu ertragen sein, als der jetzige Zustand es ist.

„Und bleiben geehrt und geachtet, derweil wir für die mitblühen,“ sagte Lore zornig.

„Der Mensch gilt so lange für vollkommen, als ihm nicht das Gegenteil bewiesen wird,“ meinte die andere und sah nach der Uhr, dann erhob sie sich und nahm ihre Laterne zur Hand: „Es ist gleich sechs Uhr — die Ablösung wird bereits am Plakate sein.“

Mit einem Versuch zu scherzen, meinte Lore: „Soviel habe ich in den drei Jahren meines Hierseins nicht gesprochen, wie jetzt in dieser kurzen Zeit. Hier gewöhnt man sich ja das Reden ganz und gar ab.“

„Das sollte wohl auch manchmal zugehen wie in der Judenschule, wenn alle reden wollten.“

„Es ist schon genug, daß man uns einsperret hinter vergitterte Fenster und zweifach verschlossene Türen wie wilde Tiere — daß noch niemand auf den Gedanken gekommen ist, uns Beißkörbe anzulegen! Muß man uns auch noch das nehmen, was uns halbwegs an unser Menschentum erinnert, die Sprache?! Das ist ein gewaltfamer Eingriff in unsere Natur — wir sind doch hier, um Einkehr in uns zu halten, nicht aber, um uns vergewaltigen zu lassen!“

„Ich bitte Sie — was käme denn hier an diesem Orte bei Schwärmereien heraus?! Doch nur Schlechtigkeiten! Die Redefreiheit wäre von Uebel!“

„Sie irren, Frau Aufseherin! Deshalb brauchte noch lange keine Redefreiheit zu herrschen — es gibt noch einen Mittelweg. Und es hat noch zu allen Zeiten gegen Gewalt eine Auflehnung gegeben.“

„So, ho, das klingt ja, als ob die Palastrevolution schon im vollsten Gange wäre? Dafür wirds wohl noch einen Dämpfer geben!“

„Geflüstert wird aber doch. Und das kann ich Ihnen sagen, Frau Aufseherin, gerade beim Flüstern werden die Schlechtigkeiten erzählt, während im anderen Falle, wenn die Aussicht alles hört, sicher nur harmlose Dinge gesprochen werden müßten.“

Bedächtig antwortete ihr die Aufseherin: „Sie mögen recht haben! Es ist wohl manches faul im Staate Dänemark — leider kann unsereins nur tun, was vorgeschrieben ist.“

„Aber gerade Ihre Stellung müßte Ihnen Veranlassung sein, hier und da verbessernd einzugreifen und Reformen anzuregen. Denn Sie kommen doch mit den Objekten, denen die Gesetze gelten, in direkteste Berührung.“

„Haben Sie eine Ahnung! Was ist unsereins in dem großen Betriebe? Ein Teilchen der Staatsmaschine — wenn es nicht mehr mittut oder so rum will, wenns anders rum geht, wirds einfach kaltgestellt und alles geht ruhig weiter, so lange nur genügend Material zum Bearbeiten da ist. Dafür sorgt ja das Heer der Häftlinge zur Genüge.“ Sie sagte das mit leichter Bitterkeit, denn obwohl sie ihr Brot durch ihren Beruf fand, tat ihr dieser doch oft recht weh, das war zu Zeiten so schlimm, daß sie manchmal meinte, eines Tages über all dem Elend den Verstand zu verlieren und ihre Tage im Irrenhaus beschließen zu müssen.

„So, jetzt muß ich aber fort — leben Sie wohl, Linden, machen Sie keine Dummheiten wieder, sonst heißt's auf Wiedersehen in diesen heiligen Hallen. Lassen Sie die Mannsbilder

Vom Internationalen Gewerkschaftsbund

An der vom 30. September bis 1. Oktober 1930 in Amsterdam abgehaltenen Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes (IGB.) nahmen sämtliche Vorstandsmitglieder teil.

Zunächst wurden die beiden Vorstandsmitglieder Citrine und Leipart, die nach langer Abwesenheit zum ersten Male wieder an einer Sitzung teilnahmen, in herzlichster Weise willkommen geheißen und zu ihrer Wiederherstellung beglückwünscht. Danach ging der Vorstand zur Beratung von drei wichtigen innerorganisatorischen Angelegenheiten über, nämlich der

Wahl des Generalsekretärs,

der Vorbereitung der Wahl eines Untersekretärs und der Festlegung des Termins für die Uebersiedlung des Sekretariats nach Berlin. Der von den führenden Landeszentralen als einziger Kandidat vorgeschlagene bisherige Untersekretär Schevenels wurde einstimmig zum Generalsekretär gewählt und wird sein Amt antreten, sobald der jetzige Generalsekretär Sassenbach abtreten kann. Im Hinblick auf die Wahl eines neuen Untersekretärs sollen die Landeszentralen ersucht werden, bis zum 1. Dezember Vorschläge einzufenden, wonach die Wahl in der nächsten am 9. und 10. Dezember in Amsterdam stattfindenden Vorstandssitzung vorgenommen werden wird. Wenn irgend möglich, soll der zu wählende Untersekretär am 1. Januar 1931 sein Amt antreten. Generalsekretär Sassenbach hat indessen der Aufforderung des Vorstandes zugestimmt, so lange in seiner Stelle zu verbleiben, bis der Antritt erfolgen kann. Die Uebersiedlung nach Berlin wurde aus Zweckmäßigkeitsgründen im Hinblick auf die im April 1931 in Madrid tagende Ausschusssitzung auf den 1. Juli 1931 festgesetzt.

Sehr eingehend beschäftigte sich die Sitzung mit der Durchführung der auf dem Kongreß in Stockholm gefaßten Beschlüsse. In bezug auf die Beschlüsse des Stockholmer Kongresses betreffend die wirtschaftlichen Richtlinien des IGB. wurde zur Prüfung gemeinsamer Gesichtspunkte die Einsetzung einer aus je 4 Vertretern der SAJ. und des IGB. sowie einigen Sachverständigen bestehenden Kommission beschlossen. Die Sekretariate der beiden Internationalen erhielten den Auftrag, die näheren Einzelheiten betreffend den Arbeitsplan und den Zusammentritt der Kommission zu vereinbaren. Als Vertreter des IGB. in dieser Kommission (die besonders auch Richtlinien über die Tätigkeit der Arbeitervertreter in den Wirtschaftsorganen des Völkerbundes aufzustellen hat) wurden Citrine, Jouhaux, Leipart und Mertens angewiesen. Im Anschluß hieran befaßte sich der Vorstand sehr eingehend mit der

Frage der Arbeitslosigkeit

und beschloß die Einsetzung einer besonderen gemeinsamen Kommission, die aus je 5 Vertretern der SAJ. und des IGB. sowie einigen Sachverständigen zusammengesetzt sein soll. Als

Vertreter des IGB. in dieser Kommission, die ihre erste Tagung am 27., 28. und 29. Oktober in Köln abhalten soll, wurden Citrine, Jacobsen, Jouhaux, Leipart und Schevenels angewiesen. Die Aufgabe der Kommission geht dahin, zu untersuchen, welche Maßnahmen gegen die schnell überhandnehmende Arbeitslosigkeit ergriffen werden können und außerdem die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit der Abhaltung einer Weltkonferenz zur Behandlung dieses Problems zu prüfen. In diesem Zusammenhang wurde der Arbeitergruppe des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes (IWA.) anheimgestellt, der nächsten Tagung des Verwaltungsrates folgende Resolution zu unterbreiten:

Im Hinblick auf die gegenwärtige Arbeitslosenkrise, die eine Folge der Ueber-Industrialisierung, der Einengung der Absatzmärkte und des Unter-Konsums ist, ersucht der Internationale Gewerkschaftsbund das Internationale Arbeitsamt, eine Erhebung über die gegenwärtige Lage zu unternehmen, um die Möglichkeit der Durchführung der 44-Stunden-Woche und der Einführung von Ferien für die Arbeiter zu prüfen.

Die Erhebung soll sich besonders auf nachstehende Punkte erstrecken: Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt; Rohstoffe, Fertigfabrikate, Kapital und Arbeitslosenversicherung.

Eine sehr ausführliche Debatte entspann sich bei der Behandlung der Frage der

Gewerkschaftsbewegung in Ländern ohne Demokratie.

Im Hinblick auf den diesbezüglichen Beschluß des Stockholmer Kongresses wurde die Beteiligung des IGB. an der Speisung und Verwaltung des Matteottifonds der SAJ. beschlossen und für diesen Fonds eine Summe von 10 000 Gulden bewilligt. Als Vertreter des Vorstandes im Verwaltungsausschuß des Fonds wurden Schevenels, Jouhaux und Meister (Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes) angewiesen. Außerdem sollen die Landeszentralen und internationale Berufssekretariate eingeladen werden, ebenfalls freiwillige Beiträge an diesen Fonds abzuführen. Weiter wurden alle Möglichkeiten einer effektiven Bekämpfung des Faschismus und der Reaktion im allgemeinen sowie einer intensiven gewerkschaftlichen Propaganda in den Ländern der Diktatur und ohne Demokratie eingehend besprochen und verschiedene Maßnahmen ins Auge gefaßt; endlich wurden für diesen Zweck entsprechende Mittel bewilligt. In diesem Zusammenhange protestierte der Vorstand auch gegen die Unterdrückung der Arbeiterbewegung in Polen und gegen die Verhaftung von Arbeiterführern. Er wünscht den polnischen Kameraden vollen Erfolg in ihrem Kampf gegen die Diktatur. — Die vom Stockholmer Kongreß beschlossene Untersuchung über die Möglichkeit einer festeren Eingliederung der Berufsinternationalen in den IGB. soll nunmehr vom Sekretariat eingeleitet werden.

laufen, da ist keins wert, daß sich ein Mädchen seinetwegen unglücklich macht —“

Lore versetzte abwehrend: „Die werden sich ohnehin nicht um mich reißn — eine Zuchthäuslerin —“

„Das ist vorbei! In einer Stunde darf Ihnen kein Mensch mehr etwas über Ihre Vergangenheit sagen. Nehmen Sie Ihren Mut zusammen — leicht ist es natürlich nicht, sich nach dem, was vorgefallen ist, draußen zu behaupten. Gern folgt auf den ersten Schritt der zweite und dann gehts abwärts auf der schiefen Bahn, aber Sie werden es schon schaffen.“ Freundlich reichte sie ihr die Hand: „Auf eine glückliche Zukunft.“

Lore war ergriffen. — Wie wohl ihr diese einfachen Worte taten, seit langem hatte niemand freundlich zu ihr gesprochen, eigentlich durften ja auch die Aufseherinnen nicht mit den Gefangenen sprechen. Nur das Nötigste. Aber diese hier war anders wie die anderen. Sie erwiderte den Händedruck: „Haben Sie innigsten Dank, Frau Aufseherin — Sie waren immer lieb zu mir.“

„Nicht Ursache! Wer sich gut führt, hat es bet uns wie Gott in Frankreich,“ unter diesen burschikosen Worten suchte sie ihre eigene innere Rührung zu verbergen.

Allmählich war es hell in der kleinen Zelle geworden, sie löschte die kleine Laterne aus und verließ mit nochmaligem Gruß den Raum, diesen zweimal verschließend.

Lore lauschte eine Weile, bis die Schritte draußen verhallt waren, kopfschüttelnd sagte sie: „Zweimal — als ob ich seht, eine Stunde vor der Entlassung, noch fliehen würde —“ — Eine heiße Bangigkeit kam mit einem Male über sie. — Würde

sie sich wohl draußen noch zurechtfinden?! Drei Jahre — — was sind draußen in der Freiheit drei Jahre — — eine kurze Spanne. Hier — — eine Ewigkeit, eine endlose Fläche grau in grau — — und die Menschen würden ihr ansehen, wo sie herkam — natürlich, das Leben in diesem Hause drückt seinen Insassen den Stempel auf.

O die qualvolle Angst, das bange Herzklopfen — — — Was halb nur?! Hatte sie sich nicht oft gesehnt, heiß gesehnt nach der Freiheit?! Nun war es so weit — — und nun auf einmal die Furcht vor dem Leben?! Warum denn?! — — Die Menschen — das war es! Die Menschen! Ihr bangte vor ihnen — — hier waren sie alle gleich — Sünder unter Sündern — — aber draußen — die Pharisäer — da standen sie — mit dem Stein in der Hand, um ihn der Ehrlosen, der Gebrandmarkten nachzuwerfen! Die Köpfe würden sie zusammenstecken und mit Fingern auf sie weisen: Da, die — hat gefressen! Wie würde das Ende sein?! Besaß sie soviel Kraft, auch das noch zu ertragen? War sie stark genug, den Kampf mit dem Leben und seinen feindlichen Gewalten aufzunehmen?!

Wenn sie nur die Stadt erst hinter sich hatte — sobald sie die Schwelle überschritten, wollte sie laufen, soweit sie ihre Füße trugen — einerlei, wohin. Für eine Heimatlose ist's ja gleich, wo sie strandet. — —

In ihrem trüben Gedankengang wurde sie unterbrochen durch abermaliges Schließen an ihrer Tür, gleich darauf trat die zweite Aufseherin, der Schrecken des ganzen Hauses, ein. Von ihr hatte wohl noch niemand ein freundliches Wort gehört.

Die harten strengen Züge der Aufseherin erschienen den Gefangenen wie die leibhaftige Verkörperung des zürnenden

Das Klima unserer Wohnung

Das Klima wird im wesentlichen bestimmt von der Temperatur der uns umgebenden Luft, ihrer Bewegung und ihrem Feuchtigkeitsgehalt. Die von unserem Willen unabhängigen Schwankungen dieser Faktoren bedingen die Art des Außenklimas. Zum Schutze gegen dessen Unbilden, insbesondere gegen Hitze und Kälte, gegen Wind, Schnee und Regen hat der Mensch sich Wohnungen erbaut, in denen er zwar durch die Rigen und Fugen der Fenster und Dielen stets mit dem Außenklima in Verbindung steht, aber doch in weitem Maße in der Lage ist, sich das Innenklima, das Klima der Wohnung, nach eigenem Willen selbst zu gestalten. Oberster Grundsatz muß dabei die Erhaltung der Gesundheit und der Arbeitsfähigkeit sein. Beide werden zunächst stark beeinflusst von der uns umgebenden Temperatur. Ganz allgemein ist zu fordern, daß in einem Kinderzimmer eine Temperatur von 17 bis 20 Grad Celsius, in einem Wohnraum von 17 bis 18 Grad Celsius, in einem Schlafraum für Erwachsene von etwa 15 Grad Celsius herrschen soll. In einem Krankenzimmer wird man für eine Temperatur von 17 bis 20 Grad Celsius sorgen müssen. Die Wärme in Arbeitsräumen muß der jeweiligen Beschäftigung angepaßt werden, sollte aber nie 18 bis 20 Grad Celsius über — und 15 Grad Celsius unterschreiten.

Die Regulierung der Lufttemperatur eines von Menschen benutzten Wohn-, Schlaf- oder Arbeitsraumes geschieht durch Heizung und Lüftung. Letztere dient vor allem auch der Luftverbesserung. Die Zusammensetzung der Außenluft ist im allgemeinen gut und richtig, im abgeschlossenen Raume dagegen wird die Luft durch die Ausatmung und Ausdunstung der Menschen, durch die Heizung und die verschiedenen, künstlichen Lichtquellen, wie Gas, Petroleum oder Kerzenlicht usw., in gesundheitsschädlichem Maße verändert. So kommt es zu einem vermehrten Gehalt der Innenluft an Kohlenäure und Wasser. Durch die Anwesenheit vom Menschen im Wohnraum findet an die umgebende Luft aber auch eine ständige Wärmeabgabe statt, die bei ungenügender oder mangelnder Luftbewegung zu künstlicher Wärmestauung im Körper führt. Besonders der Säugling, der womöglich noch in Betten und Kissen eingehüllt wird, erfährt so nicht selten eine Ueberhitzung, die allerlei Krankheiten, ja unter Umständen sogar seinen Tod zur Folge haben kann.

Darum ist richtiges Lüften des menschlichen Wohnraumes von ganz besonderer Bedeutung. Erwärmte Luft sammelt sich an der Zimmerdecke. Öffnet man daher beim Lüften nur ein tief gelegenes Fenster, so bleibt die oben liegende schlechte Luft meist ungewechselt und mischt sich höchstens mit der einströmenden frischen Luft, so daß eine vollständige Durchsetzung des Raumes mit frischer Luft unmöglich wird. Deshalb öffne man zum Lüften möglichst stets den höchstgelegenen Teil des Fensters. Wo eine solche Möglichkeit nicht besteht, erstrebe man den raschen, vollständigen Luftwechsel durch Herstellung von Gegenzug, der in

längstens 5 Minuten die gesammelte schlechte Luft aussetzt und den ganzen Raum mit frischer Luft anfüllt. Eine solche Lüftung ist je nach Größe und Befestigung des Raumes mehrmals täglich erforderlich. Ganz besonders bedarf das Schlafzimmer einer ausreichenden Versorgung mit frischer Luft, wobei auf das möglichste zu erstrebende Schlafen bei offenem Fenster hingewiesen sei. Im Schlafzimmer spielt auch der Feuchtigkeitsgehalt der Luft wohl die in gesundheitlicher Beziehung größte Rolle. Die während der Nacht ausgeatmete Luft zusammen mit der gleichzeitig in vermehrtem Maße erfolgenden Hautausdünstung erhöht den Wassergehalt der Luft. Nur wenn die Zimmerluft einen bestimmten, je nach der Temperatur verschiedenen hohen Feuchtigkeitsgehalt aufweist oder einen bestimmten „relativen Sättigungsgrad“ erreicht hat, fühlen wir uns wohl. Daß vermehrte Luftfeuchtigkeit Möbel, Betten und Kleidungsstücke verdirbt, sei nur nebenbei erwähnt. Bei Körperruhe und unbewegter Luft soll im Schlafzimmer der Höchstwert der relativen Luftfeuchtigkeit etwa 60 Prozent, im Wohn- oder Arbeitsraum 40 bis 50 Prozent betragen.

Auf der anderen Seite pflegt die Luft in unseren Wohnräumen, besonders wenn sie durch Zentralheizung erwärmt werden, oft zu trocken zu sein. Zu trockene Luft läßt Haut und Lippen spröde werden, macht bei offenem Munde und längerem Sprechen Zunge und Gaumen trocken und löst Durstgefühl aus. Die einzig zweckmäßige Abhilfe besteht in solchen Fällen in Aufstellen flacher mit Wasser gefüllter Schalen oder im Aufhängen nasser Tücher, die durch Verdunstung Feuchtigkeit an die umgebende Luft abgeben. Falsch ist es, wie es besonders in Büroräumen häufig geschieht, trockene Luft durch Öffnen eines Fensters bekämpfen zu wollen.

Zur Messung des Feuchtigkeits- oder Trockenheitsgrades der Luft im geschlossenen Raume bedient man sich des sogenannten „Hygrometers“. Das ist ein kleiner Apparat, in dem in passender Weise gewöhnlich ein entfettetes Haar aufgehängt ist, das die Eigenschaft hat, sich bei trockener Luft zu verkürzen und bei steigender Feuchtigkeit zu verlängern. Wird ein solches Haar wie im Hygrometer dann mit einem Zeiger verbunden, der sich auf einer geeichten Skala bewegt, so kann man die Feuchtigkeitsprozentage der Luft am Hygrometer genau so ablesen, wie etwa die Wärmegrade am Thermometer. Dabei ist allerdings zu beachten, daß diese Art Feuchtigkeitsmesser sehr veränderlich sind und öfter nachgeprüft und mittels der am Apparat angebrachten Stellschraube von Zeit zu Zeit nach bestimmter Vorschrift reguliert werden müssen.

Wir sind also in der Lage, das Klima unserer Wohnung ganz nach unserem Wunsche oder den Geboten der Gesundheitspflege regeln zu können, und je sorgfältiger wir dabei zu Werke gehen, um so leichter wird es gelingen, Krankheiten zu verhüten und für unser Wohlbefinden zu sorgen. Dr. K.

Racheengels. Nicht einmal den Ralfaktoren gelang es, ihre Günst zu erringen. Kalt und unerbittlich und stets keifend und scheltend war sie der Typus der Wärterinnen früherer Zeit und stach darin auffallend von ihren Kolleginnen ab.

Seit diese Posten mit gebildeten, humandenkenden Mädchen aus achtbaren Familien besetzt wurden, war es ja in der Behandlung der Gefangenen um vieles besser geworden, allem auch das hatte zwei Seiten, wie jedes Ding in der Welt. Entweder stumpften die weichgestimmten Charaktere mit der Zeit für das Elend ihrer Umgebung ab, langsam, unmerklich, aber sicher — und man war im Laufe der Zeiten wieder auf dem alten Fleck — — oder die Gemüter der Aufseherinnen umbüferten sich ob des grenzenlosen Jammers, den sie täglich soundso viele Male einschließen mußten, und gingen daran zugrunde, langsam, unmerklich, aber sicher. —

Ohne eine Miene zu verziehen, trat die Aufseherin ein, Lores höflichen Gruß völlig ignorierend: „Das Inventar will ich sehen. Vorwärts — Schüssel her!“ herrschte sie Lore an.

Diese tat, wie ihr geheißten, und reichte ihr Schüssel, Löffel, Trinkbecher, Salznäpfschen nacheinander hin.

Aufmerksam betrachtete die Gestrenge jeden Gegenstand aufs genaueste. Bei der Besichtigung des Löffels keifte sie: „Der ist gründlich abgenutzt!“

Mit leichtem Achselzucken erwiderte Lore: „Auch Edelmetall nützt sich ab, Frau Aufseherin, wenn man drei Jahre lang täglich damit ist.“

Barsch unterbrach diese sie: „Salts Maul, arrogantes Frauenzimmer — habe ich dich gefragt?“ Dabei trat sie der

Wandfläche näher, die die Striche enthielt. Sie kannte ihre Pappenheimer. Diese Striche fehlten in keiner Zelle, und da es laut Reglement verboten war, die Wände als Notzettel zu benutzen, trachtete jede Gefangene danach, ihre Zeichen so unsichtbar wie nur möglich anzubringen. Der Raum zwischen Fenster und Wandbrett war ein wenig dunkel und so wurde diese Stelle zum Tummelplatz etwaiger Aufzeichnungen ausersehen.

Das Argusauge der Aufseherin entdeckte alles.

„Was ist denn das für eine infame Krizelei, wie?!“ zürnte sie und klopfte dabei energisch auf die mißhandelte Wand.

„Es ist nur mein Kalender, Frau Aufseherin. Man will doch wissen, wie man lebt,“ sagte Lore einfach.

Inzwischen ertönte aus dem Nebenraum deutliches, taktmäßiges Klopfen. Die benachbarte Zelleninsassin, die Anwesenheit der Aufseherin nicht ahnend, schien bei deren Klopfen zu glauben, es handle sich um einen Akt der Verständigung, wie sie hier beliebt und Usus war. Die Gefangenen erzählten sich auf diese Weise ganze Geschichten, indem das Alphabet abgeklopft wurde, ähnlich wie in spiritistischen Sitzungen das Medium durch Klopfen anzeigt, welcher Buchstabe gemeint ist.

Man kann sich denken, daß eine auf diese Weise geführte Unterhaltung das Prädikat „fließend“ sehr zu unrecht verdienen würde.

Diese Klopferei in ihrer Gegenwart entfachte den Zorn der Aufseherin aufs höchste, energisch klopfte sie wieder und schrie mit ganzer Lungenkraft: „Ruhe da drüben! Nichtsmüßige Brut! Die Wände ruinieren, das fehlt noch!“

(Fortsetzung folgt.)